

Hugo Stinnes, Geheimrat Witting, Paul Reynaud

... und der Eisenpakt

Bon
Arnold Rechberg

Der Großindustrielle Arnold Rechberg fügt hier die Distanz der Kämpfe fort, die den Abschluß des mittel-europäischen Eisenpakts vorausgingen.

Wenn der Gebanke der industriellen Interessenvereinigung mit Deutschland in Frankreich schon verhältnismäßig bald nach dem Weltkrieg durchgedrungen ist, so erklärt sich das aus sehr realen Gründen.

Der Kriegsteil Franzreich sehr viel Erz und wenig Kohle. Das Verhältnis zwischen Kohle und Erz in Frankreich war unverstellbar, aber doch immerhin noch tragbar. Umgekehrt hatte Deutschland sehr viel Kohle und wenig Erz. Das Verhältnis zwischen Kohle und Erz und Rohöl, war in Deutschland das Verhältnis zwischen Kohle und Erz unverstellbar, aber doch immerhin tragbar.

Im Weltkrieg hatten die Kapitäne der deutschen Schwer-industrie und unter ihnen vor allem Hugo Stinnes ver sucht, die deutsche Kohle und das französische Erz in deutscher Hand zu vereinigen. Hugo Stinnes hatte richtig erkannt, daß das französische Erz und die deutsche Kohle zumindesten geeignet zur gemeinsamen Industriemacht der Welt werden müssten. Dadurch daß Deutschland im Weltkrieg unterlag, waren die Absichten von Hugo Stinnes nicht verwirklicht worden.

Doch seitdem Deutschland im Weltkrieg unterlag, hatten auch die deutschen Schwerindustrie und auch die deutsche Eisenindustrie, trotzdem Frankreich und Deutschland war noch genug Kohle, das nunmehr Frankreich viel zu viel Erz und viel zu wenig Kohle hatte. Das Verhältnis zwischen Kohle und Erz war daher in Frankreich untragbar geworden.

Auf der anderen Seite hatte Deutschland nunmehr viel zu viel Kohle und im Verhältnis dazu fast gar kein Erz mehr.

Dazu kam, daß die hochentwickelte Schwerindustrie von Elsaß-Lothringen seit dem Jahre 1870/71 in organisierte Zusammenhang mit dem gelösten deutschen Markt gemacht wurde.

Um diese französische Schwerindustrie mußte daher in ihrem Land bedroht werden, sobald die Schwerindustrie von Elsaß-Lothringen durch zollpolitische Trennung vom deutschen Markt gewungen wurde, neue Absatzgebiete in

Frankreich zu suchen.

Es war daher natürlich, daß die Kapitäne der französischen Schwerindustrie und mit ihnen die französischen Staatsmänner die Vorstufe einer industriellen Interessenvereinigung zwischen Frankreich und Deutschland, die in der „Sofischen Zeitung“ vom 18. November gefeiert wurden, sehr bald in Bewegung gingen. Schön am 27. Dezember 1918 erschien in der „Sofischen Zeitung“ die Notiz eines Unternehmers von Paris, wonach es die ersten Verhandlungen über eine industrielle Interessenvereinigung auch öffentlich anzeigte. Es fand in der französischen Presse vielfache Zustimmung.

Dagegen sollte es sich erweisen, daß Hugo Stinnes, der damals militärisch und politisch allmächtige Führer der deutschen Schwerindustrie, seine Vorstöße bestreite.

Da lehrte Hugo Stinnes den Gebanen der industriellen Interessenvereinigung zwischen Frankreich und Deutschland auf sich keineswegs ab. Er wollte aber diese Interessenvereinigung nur zu Bedingungen verwirklichen, die ihm selbst die absolute Hegemonie über beide Schwerindustrien, über die französische und über die deutsche, gesichert hätten. Er begründete seine Anstrengungen darin, daß die deutsche Schwerindustrie eine freie Zukunft über habe.

Sie habe gegenüber seiner französischen Freunde gewehrt und sich gegenüber seiner deutschen Nachbarn verteidigt, ohne jemals ihre eigene militärische Stärke mit überzeugende französische Militärmacht in das „Gewicht“ mit einbringen zu wollen. Sie hätte diese Gewalt um so mehr für gegeben, als sie sehr weitgehende Einfluss der französischen Schwerindustrie auf die Entwicklungen der französischen Regierung außer jedem Zweifel stand.

Sie habe Hugo Stinnes zahlreiche Briefe geschwefelt und mich gestern gegenüber seiner Mutterstadt gehabt, die eine derartige gewaltsame Operation wie die industrielle Interessenvereinigung zwischen Frankreich und Deutschland unmöglich als rein lautmannische Quotenregung angesehen werden könnte. Sie sei vielmehr eine Frage der hohen Politik und dementsprechend dürften auch die politischen und militärischen Machtfaktoren nicht außer acht gelassen werden.

Ich habe immer wieder betont, es sei zu befürchten, daß die französischen Autarkieunterstützer den Deutschen und den Sozialdemokraten, aber leider ihrer eigenen militärischen Stärke nicht überzeugen könnten, daß sie eine solche sozialdemokratische Einigung mit dem Abkommen von Paris erlaubt.

Die französische Regierung, die in den letzten Tagen wieder aufzutreten scheint, wird die Befürchtungen der französischen Deine seien gegen jetzt Veratungen im Gange. Zu der Frage der allgemeinen Polisierung werde sie die Regierung bei der Beantwortung der sozialdemokratischen Interpretation äußern. Damit schließt die Ausprache.

Der Bericht wird in erster und zweiter Beratung angenommen. Der sofortige Vorname der dritten Beratung widergesetzt die Nationalsozialisten.

Um 17½ Uhr verläßt das Haus auf Mittwoch, 16 Uhr. Auf der Tagessitzung steht die dritte Beratung des deutsch-französischen Handelskommis und des deutsch-französischen Grenzvertrages sowie die erste Beratung des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrags.

* * *

Der Reichstag lehrt allmählich an der Begegnung der Vorlesungen zurück, die Dauer seiner Plenarsitzungen auf wenige Stunden zu beschränken. Die gelegte Sitzung nahm nur zwei Stunden in Anspruch; allerdings blieben, wenn man von deutsch-französischen Handelsabkommen absieht, nur Gegenstände zweiten Ranges auf der Tagessitzung, und auch zum deutsch-französischen Vertrag sind nur einzelne Paragrafen Redes. Von der nächsten Zeit sollen nur die Paragrafen in der Regel erst um 18 Uhr beginnen, damit die Ausschüsse, die immer mehr das Schriftgut der sozialdemokratischen Delegation füllt, mehr Zeit haben.

Am 10. Januar ist ja noch die Befreiung. Nun ist die parlamentarische Winterpause eigentlich eingetragen, ob, drängt man auf solche Arbeit an den großen Gesellschaftssälen: der Sitzungsform, dem Schulgut, der Strafverschreitung.

Die Besoldungsworm wird jetzt auch vorzuholen. Nachdem die die Regierungsworm bereits darauf gezeigt haben, die Vorlage Roberts gleich mit unbedingt zu einem Tag bis zu morgen, aber wie es mit der Schulvorlage werden wird, die immer mehr Schriftsatz der Regierungsworm und des Reichstags wird, darüber in auge holt, nach der Brandenburger Tagung der Deutschen Volkspartei, eine zweitürige Prognose nicht möglich. Die internationalen Ausschüsse der Regierungsworm soll gestern mehrheitlich bestimmt sein.

Den Stellvertreterwörtern, hauptsächlich der Schulvorlage gewidmet. Es ist jetzt vorweggenommen, daß eine Verständigung zwischen den Regierungsparteien noch fehlweise in Aussicht steht. Das liegt daran, daß innerhalb der Regierung nicht allein um die großen prinzipsiellen Fragen der Gestaltung des Schulwesens gekämpft wird, sondern auch um parteitaktische Geschäftspunkte. Wäre bei allen Regierungsparteien die Willen vor-

Rede zugunsten der deutsch-französischen industriellen Interessenvereinigung.

Die Rede des französischen Abgeordneten wurde aber sehr enttäuscht von der rechten Seite. Die Partei der Zentrumspartei und der Deutschen Partei hat völlig von Hugo Stinnes und von dem Geheimrat Hugo Witting beeindruckt wurde. Paul Reynaud ist daraufhin im Dezember des Jahres 1922 nochmals nach Berlin gekommen. Somohl der Geheimrat Witting als auch ich konnten nach diesen neuzeitlichen Unterhaltungen mit Paul Reynaud nicht darüber im Zweifel sein, daß die französische Regierung das Ruhrgebiet besiegen werde, falls Hugo Stinnes auf seinen Appell beigetreten wäre. Und der andere Seite bei Paul Reynaud weitergegangen, dass es eine französisch-deutsche Annexion geben wird, eine französisch-deutsche Annexion. Geheimrat Witting und ich haben festgestellt die Reichsregierung auf die noch unsicher Überzeugung drohende Gefahr aufmerksam gemacht, und ich selbst war auf Ende des Jahres 1922 Hugo Stinnes nochmals fröhlich geworben. Alle diese Bemühungen blieben ohne Erfolg, und so marschierten die Franzosen zu Beginn des Jahres 1923 in das Ruhrgebiet ein.

Es sollte den Franzosen aber nicht gelingen, durch diese Gewaltmaßregel das französische Erz und die deutsche Kohle in französischer Hand zu vereinigen.

Winterarbeit des Reichstags

Hochbetrieb in den Ausschüssen / Kommt das Schulgesetz? / Drohende Koalitionskrise

Der Handelsvertrag mit Frankreich

Der Reichstag ist am Dienstag zu seiner Wintertagung zusammengetreten. Den Hauptpunkt der Tagessitzung bildete die erste Beratung des deutsch-französischen Handelsabkommen.

Das Handelsabkommen mit Frankreich bezeichnete der Kommunist Hörner als ein gutes Gesetz für die Bourgeoisie Deutschlands und Frankreichs, die sich auf Kosten der Brüderstaaten verständigt haben.

Abb. Wissel (Soz.) erklärte, durch das Abkommen sei das Höhebauwesen feineswegs geworden. Dass die autonomen Staatsmänner die Vorstufe einer industriellen Interessenvereinigung zwischen Frankreich und Deutschland war noch genug Kohle, das nunmehr Frankreich viel zu viel Erz und viel zu wenig Kohle hatte. Das Verhältnis zwischen Kohle und Erz war daher in Frankreich untragbar geworden.

Auf der anderen Seite hatte Deutschland nunmehr viel zu viel Kohle und im Verhältnis dazu fast gar kein Erz mehr. Dazu kam, daß die hochentwickelte Schwerindustrie von Elsaß-Lothringen seit dem Jahre 1870/71 in organisierte Zusammenhang mit dem gelösten deutschen Markt gemacht wurde.

Das Handelsabkommen mit Frankreich bezeichnete der Kommunist Hörner als ein gutes Gesetz für die Bourgeoisie Deutschlands und Frankreichs, die sich auf Kosten der Brüderstaaten verständigt haben.

Abb. Wissel (Soz.) erklärte, durch das Abkommen sei das Höhebauwesen feineswegs geworden. Dass die autonomen Staatsmänner die Vorstufe einer industriellen Interessenvereinigung zwischen Frankreich und Deutschland war noch genug Kohle, das nunmehr Frankreich viel zu viel Erz und viel zu wenig Kohle hatte. Das Verhältnis zwischen Kohle und Erz war daher in Frankreich untragbar geworden.

Das Handelsabkommen mit Frankreich bezeichnete der Kommunist Hörner als ein gutes Gesetz für die Bourgeoisie Deutschlands und Frankreichs, die sich auf Kosten der Brüderstaaten verständigt haben.

Abb. Wissel (Soz.) erklärte, durch das Abkommen sei das Höhebauwesen feineswegs geworden. Dass die autonomen Staatsmänner die Vorstufe einer industriellen Interessenvereinigung zwischen Frankreich und Deutschland war noch genug Kohle, das nunmehr Frankreich viel zu viel Erz und viel zu wenig Kohle hatte. Das Verhältnis zwischen Kohle und Erz war daher in Frankreich untragbar geworden.

Das Handelsabkommen mit Frankreich bezeichnete der Kommunist Hörner als ein gutes Gesetz für die Bourgeoisie Deutschlands und Frankreichs, die sich auf Kosten der Brüderstaaten verständigt haben.

Abb. Wissel (Soz.) erklärte, durch das Abkommen sei das Höhebauwesen feineswegs geworden. Dass die autonomen Staatsmänner die Vorstufe einer industriellen Interessenvereinigung zwischen Frankreich und Deutschland war noch genug Kohle, das nunmehr Frankreich viel zu viel Erz und viel zu wenig Kohle hatte. Das Verhältnis zwischen Kohle und Erz war daher in Frankreich untragbar geworden.

Das Handelsabkommen mit Frankreich bezeichnete der Kommunist Hörner als ein gutes Gesetz für die Bourgeoisie Deutschlands und Frankreichs, die sich auf Kosten der Brüderstaaten verständigt haben.

Abb. Wissel (Soz.) erklärte, durch das Abkommen sei das Höhebauwesen feineswegs geworden. Dass die autonomen Staatsmänner die Vorstufe einer industriellen Interessenvereinigung zwischen Frankreich und Deutschland war noch genug Kohle, das nunmehr Frankreich viel zu viel Erz und viel zu wenig Kohle hatte. Das Verhältnis zwischen Kohle und Erz war daher in Frankreich untragbar geworden.

Das Handelsabkommen mit Frankreich bezeichnete der Kommunist Hörner als ein gutes Gesetz für die Bourgeoisie Deutschlands und Frankreichs, die sich auf Kosten der Brüderstaaten verständigt haben.

Abb. Wissel (Soz.) erklärte, durch das Abkommen sei das Höhebauwesen feineswegs geworden. Dass die autonomen Staatsmänner die Vorstufe einer industriellen Interessenvereinigung zwischen Frankreich und Deutschland war noch genug Kohle, das nunmehr Frankreich viel zu viel Erz und viel zu wenig Kohle hatte. Das Verhältnis zwischen Kohle und Erz war daher in Frankreich untragbar geworden.

Das Handelsabkommen mit Frankreich bezeichnete der Kommunist Hörner als ein gutes Gesetz für die Bourgeoisie Deutschlands und Frankreichs, die sich auf Kosten der Brüderstaaten verständigt haben.

Abb. Wissel (Soz.) erklärte, durch das Abkommen sei das Höhebauwesen feineswegs geworden. Dass die autonomen Staatsmänner die Vorstufe einer industriellen Interessenvereinigung zwischen Frankreich und Deutschland war noch genug Kohle, das nunmehr Frankreich viel zu viel Erz und viel zu wenig Kohle hatte. Das Verhältnis zwischen Kohle und Erz war daher in Frankreich untragbar geworden.

Das Handelsabkommen mit Frankreich bezeichnete der Kommunist Hörner als ein gutes Gesetz für die Bourgeoisie Deutschlands und Frankreichs, die sich auf Kosten der Brüderstaaten verständigt haben.

Abb. Wissel (Soz.) erklärte, durch das Abkommen sei das Höhebauwesen feineswegs geworden. Dass die autonomen Staatsmänner die Vorstufe einer industriellen Interessenvereinigung zwischen Frankreich und Deutschland war noch genug Kohle, das nunmehr Frankreich viel zu viel Erz und viel zu wenig Kohle hatte. Das Verhältnis zwischen Kohle und Erz war daher in Frankreich untragbar geworden.

Das Handelsabkommen mit Frankreich bezeichnete der Kommunist Hörner als ein gutes Gesetz für die Bourgeoisie Deutschlands und Frankreichs, die sich auf Kosten der Brüderstaaten verständigt haben.

Abb. Wissel (Soz.) erklärte, durch das Abkommen sei das Höhebauwesen feineswegs geworden. Dass die autonomen Staatsmänner die Vorstufe einer industriellen Interessenvereinigung zwischen Frankreich und Deutschland war noch genug Kohle, das nunmehr Frankreich viel zu viel Erz und viel zu wenig Kohle hatte. Das Verhältnis zwischen Kohle und Erz war daher in Frankreich untragbar geworden.

Das Handelsabkommen mit Frankreich bezeichnete der Kommunist Hörner als ein gutes Gesetz für die Bourgeoisie Deutschlands und Frankreichs, die sich auf Kosten der Brüderstaaten verständigt haben.

Abb. Wissel (Soz.) erklärte, durch das Abkommen sei das Höhebauwesen feineswegs geworden. Dass die autonomen Staatsmänner die Vorstufe einer industriellen Interessenvereinigung zwischen Frankreich und Deutschland war noch genug Kohle, das nunmehr Frankreich viel zu viel Erz und viel zu wenig Kohle hatte. Das Verhältnis zwischen Kohle und Erz war daher in Frankreich untragbar geworden.

Das Handelsabkommen mit Frankreich bezeichnete der Kommunist Hörner als ein gutes Gesetz für die Bourgeoisie Deutschlands und Frankreichs, die sich auf Kosten der Brüderstaaten verständigt haben.

Abb. Wissel (Soz.) erklärte, durch das Abkommen sei das Höhebauwesen feineswegs geworden. Dass die autonomen Staatsmänner die Vorstufe einer industriellen Interessenvereinigung zwischen Frankreich und Deutschland war noch genug Kohle, das nunmehr Frankreich viel zu viel Erz und viel zu wenig Kohle hatte. Das Verhältnis zwischen Kohle und Erz war daher in Frankreich untragbar geworden.

haben, mit diesem Reichstage noch ein Reichsabschluß zu machen, dann würde man den Weg zu einem Kompromiß schon finden. Aber bisher hat man nicht den Endrand. Es ist anzufallen, wie französisch die Urteile des Zentrums über die veröffentlichten Verhältnisse der Braunschweiger Tagung der Deutschen Volkspartei waren. Das Zentrum glaubt, daß man sich auf das Basis dieser Richtlinien der Deutschen Volkspartei verständigen könnte. Eher hofft die Deutschen Volkspartei.

Das Zentrum glaubt, daß man sich auf das Basis dieser Richtlinien der Deutschen Volkspartei verständigen könnte. Eher hofft die Deutschen Volkspartei.

Die Deutschen Volkspartei vertreibt die Deutschen Nationalen. Auf Grund ihrer Kenntnis der rechtlichen Debatten im Zentralausschuß nehmen sie an, daß die Deutsche Volkspartei trotz der feierlichen Verabsiedlung, an der Oberhoftagung der Schulvorlage mitwirken zu wollen, innerlich entschlossen sei, das Schulgesetz zu verlegen. Die Handshake dazu habe sich die Deutsche Volkspartei neben den Abänderungsanträgen zu den einzelnen Paragraphen in der Forderung gefestigt, daß vor der Verabsiedlung der Vorlage die Vorlage geprüft werden müsse. Die Deutsche Volkspartei vertreibt den Standpunkt, daß nicht das Reich die Kosten tragen könne, die an die neue Regelung des Schulunterrichts erfordern, sondern daß die Gemeinden auf sie aufgeladen werden, was aber die erhöhten Kosten zu bringen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen Auseinanderfallen der Regierungsparteien gezwungen werden könnte. Denn so sehr die Deutsche Volkspartei auch wünsche, dem Deutschen Reichstaat ein Vorgebot zu verschaffen, doch aber die Wehrhaft der Gemeinden finanziell nicht imstande sein wird, die erhöhten Kosten zu tragen. Die Deutsche Volkspartei werde alle Mitteln anwenden, um die parlamentarische Verabsiedlung der Schulvorlage zu vereiteln, dabei aber möglichst so verfahren, daß nicht i. d. R. die Schul an den Söhnen des Reiches und an einem einzigen

